

Rede von Günter Verheugen hinsichtlich der EU-Erweiterung (Straßburg, 13. November 2001)

Quelle: RAPID. The Press and Communication Service of the European Commission. [EN LIGNE]. [Bruxelles]: Commission européenne, [21.04.2004]. SPEECH/01/530. Disponible sur <http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/01/530&format=HTML&aged=0&language=FR&guiLanguage=en>.

Urheberrecht: (c) Europäische Union, 1995-2012

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_gunter_verheugen_hinsichtlich_der_eu_erweiterung_straßburg_13_november_2001-de-d935aa60-484d-4061-ba7c-d31ee2e7f5f3.html

Publication date: 05/09/2012

**Günter Verheugen, Mitglied der Europäischen Kommission zuständig für
Erweiterung, "Die Erweiterung erfolgreich gestalten" (Europäisches Parlament
Strasbourg, den 13. November 2001)**

Frau Präsidentin,

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Die diesjährigen Fortschrittsberichte und die überarbeiteten Beitrittspartnerschaften bestätigen den eingeschlagenen Weg. Nach fast einem Jahr können wir sagen, dass der in Nizza festgelegte Verhandlungsfahrplan die Kandidaten enorm mobilisiert hat und dass die Übernahme des Gemeinschaftsrechts noch schneller und reibungsloser verläuft.

Insgesamt ist die Kommission der Auffassung, dass alle Beitrittskandidaten substantielle Fortschritte bei der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien erzielt haben. Das gilt sowohl für die Übernahme der Gesetzgebung als auch für die Implementierung des *acquis*. Es ist deshalb auch gelungen, die Verhandlungen deutlich voranzubringen.

Alle Kandidatenstaaten mit der Ausnahme der Türkei erfüllen die politischen Kriterien. Erhebliche Fortschritte sind erzielt worden, um Unabhängigkeit, Transparenz und Effizienz der öffentlichen Verwaltungen zu verbessern. In den meisten Beitrittsländern ist das Funktionieren des Rechtswesens weiter verbessert worden. Ungeachtet der allgemeinen Fortschritte im Bereich der politischen Kriterien bleiben bestimmte Problemfelder bestehen, auf die wir klar und unmissverständlich hinweisen. Dabei geht es im weitesten Sinne um "good governance, um Minderheitenrechte und die Wirksamkeit des Rechtsstaates".

Die Bewertung der Fortschritte zur Erfüllung der wirtschaftlichen Kriterien von Kopenhagen sind vor dem Hintergrund der sich deutlich verschlechternden globalen wirtschaftlichen Bedingungen zu sehen. Gleichwohl haben die Beitrittsländer im Jahr 2000 und in der ersten Hälfte dieses Jahres ein relativ starkes Wirtschaftswachstum erzielen können. Zypern und Malta erfüllen alle wirtschaftlichen Kriterien schon jetzt. Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei, Slowenien, Ungarn und Tschechien sind funktionierende Marktwirtschaften. Diese Länder werden sehr bald auch das Kriterium der Wettbewerbsfähigkeit erfüllen können, vorausgesetzt sie setzen ihren Reformkurs mit unverminderter Entschlossenheit fort. Bulgarien und Rumänien haben Fortschritte erzielt, während die Türkei vor dem Hintergrund ihrer tiefgreifenden Wirtschaftskrise die wirtschaftlichen Kriterien weiterhin nicht erfüllt.

Insgesamt verzeichnen wir auch gute Fortschritte bei der Übernahme des *acquis* und liegen voll im Zeitplan. Allerdings müssen die Kandidatenländer ihre administrativen und institutionellen Kapazitäten noch so an die gestiegenen Anforderungen der EU-Mitgliedschaft anpassen, dass ein zufriedenstellendes Niveau erreicht ist.

Eine leistungsfähige Verwaltung ist nicht nur erforderlich, um die Gesetze der Union vollständig und fristgerecht umzusetzen, sie ist auch notwendig, damit Gemeinschaftsmittel, insbesondere im Rahmen der Strukturförderung, effektiv eingesetzt werden. Bei der Leistungsfähigkeit der Verwaltung haben wir praktisch in allen Ländern die Notwendigkeit weiterer Anpassungen festgestellt, die aber lösbar sind.

Die Kommission hat dazu in ihrem Strategiepapier einen Aktionsplan vorgeschlagen mit dem Ziel, die Leistungsfähigkeit der Verwaltungen in den Kandidatenländern zu steigern. Weitere Verbesserungen werden, wenn nötig, durch zusätzliche Fördermaßnahmen zur Modernisierung der Verwaltung (institution building facility) unterstützt werden.

Die Kommission wird den Rat über die Umsetzung dieses Aktionsplans im Frühjahr 2002 informieren, damit dieser Aspekt in den Beitrittsverhandlungen berücksichtigt werden kann. Die Fortschrittsberichte 2002 werden dann beurteilen, ob die Kandidatenländer bis zum Beitritt eine ausreichende leistungsfähige Verwaltung vorweisen können, um den *acquis* vollständig umzusetzen, anzuwenden und durchzusetzen.

Die Beitrittsverhandlungen mit Zypern sind weit fortgeschritten. Es ist unser strategisches Ziel, ein vereintes Zypern als neues Mitglied aufzunehmen. Dies erfordert konstruktive und substantielle Fortschritte auf der Suche nach einer dauerhaften Friedenslösung. Ich wiederhole daher meinen Appell an alle Beteiligten, das „Fenster der Gelegenheit“ zu nutzen, um dieses Ziel zu erreichen.

Die Heranführungsstrategie für die Türkei zeigt erste positive Ergebnisse. Die kürzlich vom türkischen Parlament verabschiedete Verfassungsreform ist ein Schritt in die richtige Richtung. Weitere Fortschritte sind erforderlich, insbesondere im Hinblick auf einen wirksamen Schutz der Menschenrechte und in Bezug auf wirtschaftliche Reformen. Die Kommission ist der Auffassung, dass es jetzt an der Zeit ist, die Heranführungsstrategie weiter zu intensivieren. Im Vordergrund wird dabei eine genauere Überprüfung der Gesetze und ihre Angleichung an den *acquis* stehen.

Meine Damen und Herren,

2002 treten wir wie im Verhandlungsfahrplan vorgesehen in die politisch sensibelste Phase der Beitrittsverhandlungen ein. Für die Verhandlungen der finanzrelevanten Kapitel werden wir einen Gesamtrahmen vorlegen, der sicherstellt, dass diese Kapitel im Zusammenhang behandelt werden können.

Die Kommission ist sicher, dass die Erweiterungsverhandlungen auf der Grundlage des bestehenden Besitzstandes erfolgreich abgeschlossen werden können. Dabei werden wir die Haushaltsobergrenzen der Agenda 2000 strikt beachten.

Die Erweiterungsverhandlungen werden daher auch unabhängig von den künftigen Politikreformen insbesondere auf dem Gebiet der Agrar- und Strukturpolitik geführt werden können.

Der Verhandlungsprozess hat jetzt seine schwierigste und politisch sensibelste Phase erreicht. Es geht jetzt um Fragen, deren Lösungen ganz unmittelbare Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Bürger und Bürgerinnen in den Beitrittsländern haben. Je nach dem wie diese Lösungen aussehen, wird das die Akzeptanz der Beitritte in den Kandidatenländern positiv oder negativ beeinflussen.

Wir müssen daher alle Anstrengungen unternehmen, die Bürger und Bürgerinnen in den heutigen und künftigen Mitgliedstaaten umfassend über die Erweiterung zu informieren. Kein Partner sollte im Beitrittsprozess überfordert werden. Deshalb ist eine ebenso flexible wie ergebnisorientierte Verhandlungsführung unbedingt erforderlich.

Wenn wir heute Bilanz ziehen über die Fortschritte im vergangenen Jahr, so ist diese Bilanz positiv und ermutigend. Die Kommission wird auf der Grundlage der Fortschrittsberichte des nächsten Jahres Empfehlungen über die Beitrittsreife jener Ländern vorlegen, die ausreichend vorbereitet sind. Sie wird alle Anstrengungen unternehmen, damit die Verhandlungen mit diesen Ländern erfolgreich abgeschlossen werden können.

Die heute vorgelegten Fortschrittsberichte konzentrieren sich natürlich auf die Bereiche, in denen es noch Probleme gibt. Dies darf nicht zu dem Missverständnis führen, wir hätten es überwiegend mit Defiziten zu tun. Die Berichte müssen vor dem Hintergrund der über Jahre hinweg erreichten enormen Fortschritte gesehen werden. Erst wenn man vergleicht, was bereits geleistet wurde und was noch zu tun ist, erschließt sich das vollständige Bild. Das Ziel, die ersten Beitritte vor der Europa-Wahl 2004 zu vollziehen, bleibt anspruchsvoll. Es ist aber keine Utopie, sondern eine realistische und realisierbare Vorgabe.

Für die Kandidatenländer, die nicht unter den ersten Beitrittsländern sind, geht die Kommission davon aus, dass im nächsten Jahr alle Verhandlungskapitel geöffnet werden können. Die Kommission wird in ihrem Strategiepapier 2002 für diese Länder auch den Verhandlungsfahrplan überprüfen, und, falls nötig, die Vorbeitrittsstrategie weiterentwickeln.